

KGW's Rundschreiben



23.05.2014
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Nach dem Ausbruch der Krise vor ca. 6 Jahren müssen wir heute feststellen, dass sie an vielen Orten eine Schneise ökonomischer Verwüstung geschlagen hat. Sinkende Kaufkraft, Rekordquoten bei Jugendarbeitslosigkeit, knappe Budgets und anderes mehr lassen die Vision für ein gemeinsames Europa für die Zukunft in den Hintergrund rücken. Wenn Europa eine Pole Position in der Weltwirtschaft einnehmen will, muss man auf Produktivitätswachstum setzen. Im Vordergrund sollte dabei eine verbesserte Bildungspolitik stehen. Deutschland hat sich in den letzten 10 Jahren vom kranken zum gesunden „Mann“ Europas gewandelt. Ohne Zweifel hat Deutschland eine Führungsrolle in Europa inne. Und wenn man führt, muss man das mit dem Ziel tun, Europa zu retten. Die Krisenländer der Eurozone haben sich eingeredet, dass Deutschland ihnen schmerzhaft Reformen sowie Lohn- und Rentenkürzungen auferlegt hat. Das hat zu massiven Anfeindungen gegen die Deutschen geführt. Man erwartet, dass Deutschland noch mehr Geld zur Rettung der Peripheriestaaten auf den Tisch legt. Es gibt aber doch schon verschiedene Rettungsschirme, die im europäischen Stabilisierungsmechanismus bis zu Garantien im Target-2-System bestehen. Deshalb muss es doch jedem Land klar sein, dass es für seine Fehler in der Vergangenheit und seine künftige Politik und deren Folgen selbst verantwortlich ist. Im Maastricht-Vertrag steht die No-Bail-out-Klausel, die besagt, dass weder einzelne Länder, noch die Gemeinschaft als Ganzes, für Schulden anderer Länder haften. Mit der europäischen Bankenunion ruft man doch erneut nach gemeinsamer Solidarität. Wo aber ist die Begründung dafür, dass ein Land für unverantwortliche Aktivitäten von Banken eines anderen Landes haften soll? Es wäre wohl ein lauter Aufschrei durch Europa gegangen, wenn man Franzosen oder Italiener aufgefordert hätte, Zahlungen für die deutsche Hypo Real Estate (HRE) oder IKB zu leisten. Genauso kann man aber doch Deutschland (deutsche Steuerzahler) nicht dazu auffordern, sich solidarisch mit Zahlungen bei Zockergeschäften, z.B. italienischer Banker, zu zeigen. Auch wenn Deutschland eine Führungsrolle übernimmt, kann das nicht bedeuten, dass man uns permanent zur Zahlung auffordert. Für Fehler der Vergangenheit haften die entsprechenden Regierungen selbst. Europa hat sich mit dem Maastricht-Vertrag Statuten und Regeln gegeben. Wenn man diese als Mitglied aber verletzt, muss es auch möglich sein, diese Mitglieder zum Verlassen der Gemeinschaft aufzufordern. Auch wenn Deutschland im Augenblick in Relation zu anderen Staaten eine gefestigtere Position einnimmt, hat man gute Chancen, diesen Status mit der derzeitigen Renten- und Energiepolitik zu verlieren. Sollte das wirklich eintreten, werden die Rufe nach deutscher Führung in Europa wohl erheblich leiser werden.

Für die Bewältigung der Eurokrise gibt es kein Lehrbuch. Wenn man aber erreicht, das verlorene Vertrauen wieder herzustellen, sowie die Zahlungsfähigkeit der Eurostaaten zu gewährleisten, dann hat man viel erreicht. Daran muss gearbeitet werden.

Kommendes Wochenende ist Europawahl. Es muss den Politikern, egal welcher Partei sie auch angehören, nur auf ein in Zukunft gemeinsames und starkes Europa ankommen, das künftig in der Weltwirtschaft an Bedeutung und nicht an Bedeutungslosigkeit gewinnt. Dazu müssen Reformen gewagt werden, um die Länder mit einer schwachen Wirtschaft (und das sind im Augenblick leider Gottes die meisten) wieder in Gang zu bringen. International braucht man viel mehr Schwung, um Wachstum zu erreichen. Im Augenblick zeigt es sich, dass gerade die Regierungen von Frankreich und Italien nicht viel tun, sich zwar ziemlich hilflos zeigen, sich gleichzeitig aber verbitten, dass sich andere einmischen. Da die Staaten souverän sind, kann man ihnen kein Diktat auferlegen. Die nationalen Volksvertreter haben Verpflichtungen in ihren eigenen Ländern (auch ihren Wählern gegenüber) und nicht in der Eurozone. In der Zukunft sollte daran gearbeitet werden, dass sich die nationalen Parlamente in der EU-Zone integrieren. Dazu müsste der EU-Vertrag von Lissabon geändert werden. Wesentlich ist dabei, von der Bürokratie weg zu kommen, das „Heer“ der Euro-Politiker abzuspecken und gleichzeitig billiger zu machen. Ein „Europäisches Parlament“ müsste den anderen Ländern gegenüber weisungsberechtigt sein und, falls erforderlich, deren nationale Interessen kippen. Es müssten die Nicht-Euro-Staaten in Europa in einer Gemeinschaftsgruppe eingebunden sein, welche von Europa aus zu den Volkswirtschaften des fernen Ostens, Amerikas und Russlands mit einer Stimme sprechen. Bis dahin ist es noch ein langer Weg.

In der Eurozone haben die Peripherieländer durch Reformen Erfolge erzielt. Es gibt aber noch viel Luft für weitere Maßnahmen, damit die kränkelnden Südstaaten wieder auf die Beine kommen. Ein besonderes Problem dieser Länder ist die niedrige Inflation, die hohe Arbeitslosigkeit und damit verbunden die unter Druck stehenden Preise.

Wenn sie nicht schon mitten drin sind, steckt Spanien vor einer Deflation. Wenn die Banken der Peripherieländer nicht bereit sind, Kredite zu vergeben, wird es keine wirtschaftliche Erholung geben.

Ein wesentliches Kriterium ist das Euro/US-\$-Verhältnis. Ein Wechselkurs von 1,37 / 1,38 macht Deutschland kein Problem. Den südlichen Ländern allerdings sehr wohl. Man kann nur hoffen, dass die US-Notenbank ihre Anleihekäufe permanent reduziert, damit sich der Wechselkurs bis zum Jahresende auf 1,30 US-\$/Euro einpendelt. Experten rechnen bis Ende 2015 mit einer US-\$/Euro-Parität von 1,25. Hier müsste die EZB mit weiteren geldpolitischen Lockerungen reagieren. Deren Aufgabe ist es, uns vor Inflation/Deflation zu schützen und das Geldsystem wieder auf eine neue Basis zu stellen. Die augenblicklichen Bankenstresstests sind sicherlich sinnvoll. Keine Bank dürfte in der Zukunft eine Chance mehr bekommen, ein nicht real gedecktes Geld (Buch- oder Papiergeld) zu vergeben, das sich zum Schaden der Anleger in Luft auflösen könnte. Es wäre z.B. die Aufgabe europäischer Politiker, die internationalen Banken in Europa stärker an die Kandare zu nehmen.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Die in den letzten drei Jahren stark gebeutelte Edelstahlindustrie zeigte im letzten Jahr als Ausblick auf 2014 vorsichtigen Optimismus. Der Grund war in erster Linie darin zu sehen, dass die Konjunkturindikatoren nach oben zeigten. Von Januar 2014 bis heute traute man aber „dem Braten“ nicht so recht und orderte (als „gebranntes Kind“ der jüngsten Vergangenheit) äußerst vorsichtig. Besonders der Handel und die Servicecenter hielten sich bei ihren Ordertätigkeiten zurück, weil werkseitig kurze Lieferzeiten genannt wurden.

Fast schlagartig gab es kürzlich aus Fernost eine Initialzündung. Die veränderte Nickelsituation (wir werden unter der Überschrift Rohstoffmärkte erklärend dazu schreiben) war für alle Anbieter der Grund, täglich die Preise für Edelstahl Rostfrei nach oben zu verändern. Wir führen zurzeit (vor Ort in Asien) mit den Geschäftsleitungen namhafter Werke Gespräche, die alle den gleichen Tenor haben:

- Der Bedarf im eigenen Land ist erhöht, so dass der Export rostfreier Flachprodukte eingeschränkt wird. Die Sicherung des eigenen Bedarfes hat Vorrang.
- Die veränderte Nickelsituation bewirkt drastische Preiserhöhungen. Weitere Erhöhungen stehen bevor.
- Die Liefertermine liegen bei Spätherbst.

Diese Veränderungen haben sich postwendend auf den europäischen Markt ausgewirkt. Für den deutschen „Rostfrei“-Markt bedeutet das:

- Lücken bei der Abdeckung kurzfristiger Bedarfe
- Anhebung der LZ (siehe Tabelle) auch über Juni hinaus
- steigende LZ ziehen aktuelle Grundpreise (auch kurzfristig) nach oben
- Lieferzeiten für Dispositionen aus Neufertigung: September/Oktober 2014

Wir hoffen, dass alle Verbraucher diese Warnung ernst nehmen: **Ordern Sie!!!**

Die Rohstoffmärkte

Obwohl die chinesische Wirtschaft langsamer wächst als in der Vergangenheit, nimmt der Rohstoffbedarf weiter zu. Chinas Unternehmen können die Selbstversorgung mit Rohstoffen wie Chrom und Nickel nicht abdecken, sondern sind in erheblichem Umfang auf Importe angewiesen. Lange im Vorfeld war bekannt (sogar durch ein Gesetz der indonesischen Regierung), dass es ab Januar 2014 ein Exportverbot für Nickelerz geben wird. Es hat allerdings niemand so recht daran geglaubt und es wurde damit gerechnet, dass der weltweit größte Produzent von Nickelerz (Indonesien) einknickt. Weit gefehlt! Immerhin beträgt der Anteil der indonesischen Erze an der chinesischen Gesamteinfuhr ca. 56%. Andere Anbieter konnten nicht einspringen, so dass es die chinesischen Produzenten von Nickel Pig Eisen* (NPI) empfindlich traf. Andere weltweite Anbieter konnten nicht in die Presche springen und Chinas Bedarf abdecken. Es ist damit zu rechnen, dass chinesischen Nickelproduzenten künftig eigene Schmelzkapazitäten in

Indonesien aufbauen, um die Materialversorgung abzusichern. Besonders muss erwähnt werden, dass indonesische Nickelerze eine höhere Qualität haben, als die anderer Anbieter (z.B. Philippinen). Als größter Exporteur von Nickelerzen hat es sich die indonesische Regierung auf die Fahne geschrieben, heimische Minenkonzerne zum Bau von Schmelzanlagen und Raffinerien zu zwingen, um höherwertigere und teurere Nickelprodukte herzustellen und anschließend zu exportieren. Durch diese Wertschöpfung will man sich ein großes Stück vom Milliardengeschäft abschneiden.

Da die Lage in Putins Reich im Augenblick relativ undurchsichtig ist, kann man nicht erwarten, dass Zusatztonnagen an russischem Nickel zur Verfügung stehen.

Während es 2013 noch einen Angebotsüberschuss an Nickel von über 170.000 Tonnen gab, rechnet man in 2014 mit einem Defizit. Auf Grund dieser Situation kann man in diesem Jahr getrost mit einem stabilen Nickelpreis rechnen und liegt vielleicht auch nicht falsch, wenn man weitere Erhöhungen voraus sagt. Aktuell bewegt sich der Nickelpreis auf dem höchsten Stand seit mehr als einem Jahr und hat sich von Januar 2014 bis heute um mehr als 40% erhöht. Die Spekulanten wittern auch gleich wieder „Morgenluft“ und sorgen mit Ihren Aktivitäten für einen Preisanstieg bei Nickel.

Auch der Preis für Ferrochrom war nicht ganz untätig und entwickelte sich aufwärts (aber längst nicht in der Größenordnung wie Nickel). Die Auswirkungen erkennt man im LZ. Ferromolybdän legte seit Anfang März über 25% zu und notiert derzeit auf einem 20-Monats-Hoch. Diese Erhöhung zeigt Wirkung im LZ ab Juni diesen Jahres. Die Parität US-\$ / Euro ist aktuell konstant bei ungefähr 1,37, so dass davon derzeit keine LZ-Beeinflussung zu erwarten ist.

Auch wenn in den nächsten Monaten die Aussichten durchweg nach oben zeigen, sollte man dabei die Spekulationen nicht aus den Augen verlieren.

* Nickel Pig Iron: diese günstige Alternative zu Nickelerzen wird ausschließlich in China angewandt. Im letzten Jahr hatte diese Form der Nickelproduktion einen Anteil von 25% an der Weltproduktion.

Nickelhöchst-/Tiefstpreise 2011 bis heute

2011 €/100 kg Kassa	2012 €/100 kg Kassa	2013 €/100 kg Kassa	Jan 14 €/100 kg Kassa	Feb 14 €/100 kg Kassa	Mrz 14 €/100 kg Kassa	Apr 14 €/100 kg Kassa	Mai 14 €/100 kg Kassa	Jun 14 €/100 kg Kassa	Juli 14 €/100 kg Kassa	Aug 14 €/100 kg Kassa	Sep 14 €/100 kg Kassa	Okt 14 €/100 kg Kassa	Nov 14 €/100 kg Kassa	Dez 14 €/100 kg Kassa
H 15.02. 2.140	H 07.02. 1.647	H 14.02. 1.376	H 22.01. 1.083	H 19.02. 1.055	H 24.03. 1.175	H 22.04. 1.322	H 13.05. 1.546							
T 19.11. 1.272	T 16.08. 1.240	T 03.12. 985	T 09.01. 985	T 06.02. 1.024	T 03.03. 1.057	T 01.04. 1.0146	T 02.05. 1.315							

Nickel-Vorräte London Metal Exchange (LME)

02.01.13 = 141.690/mt

31.12.13 = 261.636/mt

20.05.14 = 279.138/mt

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2013 €/to	Höchste LZ 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
4016	11/13 - 413	05/13 - 490	426	436	431	406	422	434	↑					
4113	11/13 - 533	08/13 - 581	551	565	561	534	572	619	↑					
4301	11/13 - 1.002	03/13 - 1.319	997	1.033	1.048	1.074	1.179	1.358	↑					
4310 *)	11/13 - 937	03/13 - 1.223	934	968	980	1.000	1.133	1.256	↑					
4310Mo*)	11/13 - 996	03/13 - 1.302	999	1.033	1.045	1.062	1.170	1.352	↑					
4404	11/13 - 1.486	03/13 - 1.964	1.476	1.523	1.547	1.583	1.767	2.083	↑					
4521	11/13 - 724	06/13 - 881	749	765	762	732	793	878	↑					
4539	11/13 - 2.659	03/13 - 3.654	2.681	2.749	2.803	2.900	3.261	3.902	↑					
4571	11/13 - 1.489	01/13 - 1.999	1.496	1.544	1.569	1.607	1.794	2.116	↑					

↑ = Tendenz für den Folgemonat

Edelstahlschrott

Der Rostfrei-Markt wirkt sich automatisch auf die Nachfrage nach rostfreiem Schrott aus – war also in den letzten Monaten spürbar abgeschwächt. Die Nachfrage aus dem Ausland konnte die Defizite am heimischen Markt nicht ausgleichen. Das hat dazu geführt, dass einige Anbieter im Schrottmarkt zwischenzeitlich ihr Geschäft mit rostfreien Schrotten aufgegeben haben. Die veränderte Marktsituation wird in nächster Zeit mit Sicherheit auch den Schrottmarkt deutlich beleben.

W-Nr.	höchst 2013 €/to	tiefst 2013 €/to	Jan 2014 €/to	Feb 2014 €/to	Mrz 2014 €/to	Apr 2014 €/to	Mai 2014 €/to	Jun 2014 €/to	Juli 2014 €/to	Aug 2014 €/to	Sep 2014 €/to	Okt 2014 €/to	Nov 2014 €/to	Dez 2014 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Sep. 390	Dez. 340	370	390	400	400	370							
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Jan. 1.320	Dez. 950	1.050	1.050	1.100	1.220	1.350							
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Jan. 1.850	Dez. 1.300	1.450	1.450	1.480	1.600	1.760							

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team